

Traditionen politischer Macht

Sri Lanka am Vorabend der Parlamentswahl

Ahilan Kadirgamar

Sri Lanka ist ein Land mit einer langen Geschichte des allgemeinen Wahlrechts in Asien. Dies gilt es grundsätzlich zu bedenken, wenn über die mögliche Umkehrung der demokratischen Uhr geschrieben und befürchtet wird, die Zeit des autoritären populistischen Regimes der Rajapaksa-Familie könnte so einfach zurückkehren. Nicht zuletzt hängt eine solche Entwicklung auch von der Rekonfiguration der oppositionellen parlamentarischen Kräfte und vom zivilgesellschaftlichen Widerspruch ab.

Nach den Präsidentschaftswahlen vom 16. November sieht sich Sri Lanka mit zwei Realitäten konfrontiert. Eine neue Regierung, die von ihren Unterstützer(inne)n triumphal getragen wird und bestrebt ist, den politischen Griff zur vollumfänglichen Macht zu festigen. Eine politische Opposition, die von außen betrachtet sich in völliger Unordnung befindet und dadurch einigen Bürger(inne)n den Angstschweiß auf die Stirn treibt. Statt schnellstmöglich eine starke oppositionelle Kraft für die anstehende Parlamentswahl aufzubauen, ist die Partei *United National Party* in den Kampf um die interne Führung übergegangen. Diese Dynamik der Machtkonsolidierung und der politischen Desorientierung in den beiden wichtigsten politischen Lagern sowie der ungezügelter Triumphalismus bedrohen den demokratischen Raum, der in den letzten fünf Jahren gewonnen wurde.

Konsolidierung der Politik

Nach den Präsidentschaftswahlen wurde eine Übergangsregierung mit einem neuen Kabinett etabliert, mit dem Bruder des Präsidenten, Mahinda Rajapaksa, als Premierminister. Die wichtigsten Ressorts befinden sich in den Händen der Rajapaksa-Familie und nahestehenden Parteigängern. Bislang lässt das Regierungshandeln eine Kombination aus autoritärer Politik und scheinbarer Distanz zur Politik erkennen, verknüpft mit dem Versprechen auf technokratische Effizienz, das abseits von politischem Zwist eine gute Politik für alle in Aussicht stellt.

Eine Mehrheit in Sri Lanka nimmt insofern die ersten Züge einer Disziplinierung von Justiz und Medien als Umsetzung des Effizienzversprechens wahr. Natürlich werden sich Präsident und Kabinett auch um eine Bestätigung ihrer langjährigen nationalistischen Politik bemühen und in dieser Politiktradition den staatlichen Sicherheitsapparat für die Überwachung von Dissidenten reaktivieren wollen. Jetzt schon kommt das Militär in zivilen Angelegenheiten etwa in Form von Patrouillen auf der Straße oder bei Hausdurchsuchungen zum Einsatz.

Um tatsächlich Durchregieren zu können, müssen der Präsident und seine Partei bei den bevorstehenden Parlamentswahlen eine Zweidrittelmehrheit erreichen, um die Verfassung ändern zu können. Im Blick sind vor allem die Bestimmungen aus der 13. (1987) und 19. Verfassungsänderung (2015), die unter anderem die Einrichtung der Provinzräte, die Machtaufteilung in der Exekutive sowie die demokratische Kontrolle der Exekutive zum Inhalt hatten. Beide Verfassungsänderungen wurden in ihrer Zeit jeweils aus politischen Gründen überstürzt in Kraft gesetzt. Beide werden heutzutage just in Bezug auf ihre intendierte Wirkung als unvollständig angesehen.

Entscheidend für Stärke und Stabilität der neuen Regierung ist ebenso das Regierungshandeln in Bezug auf die Wirtschaftskrise. Seit den Terroranschlägen zu Ostern in diesem Jahr sind die Staatseinnahmen drastisch gesunken. Die Vorgängerregierung griff zu drastischen Sparmaßnahmen und

pauschalen Kürzungen der staatlichen Investitionen. Das bröckelnde Wirtschaftswachstum in Sri Lanka, die steigende Auslandsverschuldung, die Missachtung der heimischen Produktion und die Vernachlässigung der ländlichen Wirtschaft stellen große Herausforderungen auch für die neue Regierung dar.

Die Konsolidierung der Politik liegt nicht zuletzt in den Händen der Zivilgesellschaft als Korrektiv zum Machtbestreben der Regierung und vermutlich in gewissem Maße auch zur Stärkung der parlamentarischen Opposition. Es ist an der Zeit, den Dissens zu stärken und den Dialog zwischen den ethnischen und religiösen Bevölkerungsgruppen weiterzuführen. Vordringlich ist die Abwehr eines islamfeindlichen Diskurses, der in der Mehrheitsbevölkerung an Boden gewonnen hat und grundlegende Freiheitsrechte in Frage stellt.

*Aus dem Englischen übersetzt
von Theodor Rathgeber*

Zum Autor



Ahilan Kadirgamar lehrt an der Universität in Jaffna und arbeitet zu Themen der politischen Ökonomie.

Literaturhinweis

Die Erstveröffentlichung erschien am 28. November im Nachrichtenportal *Asia Time* unter dem Titel *In Gotabaya's Lanka*.